

Verlässlichkeit schafft Zukunftsperspektiven

Die jüngste Graswurzelbewegung „Land schafft Verbindung – Wir rufen zu Tisch!“ hat zahlreiche Bäuerinnen und Bauern mobilisiert, die am 22. Oktober deutschlandweit demonstriert haben. Wie geht es jetzt weiter?

Präsident Joachim Rukwied: Zunächst danke ich allen Bäuerinnen und Bauern sowie vielen weiteren Unterstützern der Landwirtschaft, die bei diesen Demonstrationen Flagge gezeigt haben. Und ich betone ausdrücklich, dass die Initiatoren und Organisatoren dieser Bewegung einen tollen Job gemacht haben. Sie haben eine konzertierte Aktion auf die Beine gestellt, haben große Teile der Gesellschaft sensibilisiert und haben sich bei der Politik Gehör verschafft. Als Dachverband appelliert der DBV an seine Landesverbände, mit den Organisatoren von „Land schafft Verbindung“ in den Dialog über mögliche gemeinsame Ziele einzutreten.

DBV-Präsident Joachim Rukwied bei einer Präsidiumssitzung in Berlin

Fotos: Dr. Anni Neu



Wie bewerten Sie den jüngst vorgestellten Agrarbericht der Bundesregierung?

Rukwied: Der Bericht zeigt eindrucksvoll, vor welchen großen Herausforderungen die Landwirtschaft steht und belegt, wie wichtig langfristige und verlässliche Rahmenbedingungen für die gesamte Branche sind. Nur so haben die Bauernfamilien eine Zukunftsperspektive. Wir haben viele junge Landwirte, die hochmotiviert sind, innovative Ideen haben und endlich durchstarten wollen. Diese jungen Menschen brauchen eine Agrarpolitik und eine Gesetzgebung, die ihnen unternehmerische Freiheit gibt, die sie unterstützt, statt sie mit Bürokratie auszubremsen.

Das Kabinett hat zum Klimaschutz verschiedene Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht. Wo muss noch nachgebessert werden?

Rukwied: Die EU ermöglicht es ausdrücklich, die Klimaschutzleistung der Land- und Forstwirtschaft anzuerkennen. Doch im Klimaschutzgesetz fehlt diese EU-rechtliche Möglichkeit, Treibhausgasemissionen aus der Landnutzung und der Forstwirtschaft auf die Klimaziele anzurechnen. Zusätzlich ist es aus Sicht der Landwirtschaft nötig, dass ein Ausgleich für die Treibhausgaseinsparung durch den Einsatz von Bioenergie im Verkehrs- und Energiebereich eingeführt wird. Es kann doch nicht sein, dass die Landwirtschaft die Emissionen aus der Bioenergieerzeugung angerechnet bekommt, die Reduktionen aber in anderen Bereichen verbucht werden. Für dieses Ungleichgewicht benötigen wir einen Korrekturmechanismus.

Auch im Gesetz zum nationalen Emissionshandel muss bei den Biokraftstoffen nachgebessert werden. Hier fehlt die dringende Klarstellung, dass Biokraftstoffe mit Null-Emissionen angerechnet werden und damit nicht mit einem CO₂-Preis belastet werden. Alles andere würde den Klimaschutz konterkarieren.

Interview: Dr. Anni Neu